



Delegiertenversammlung, 7. September 2019 in Nümbrecht

## Resolution der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband NRW e.V.

### Unser Wald im Klimastress – jetzt handeln!

Landesweit zunehmendes Fichtensterben durch Borkenkäferbefall, Rußrindenerkrankung beim Ahorn, Eschentriebsterben oder Buchenkomplexkrankheit – um den Vitalitätszustand der nordrhein-westfälischen Wälder steht es schlecht. Alle Baumarten leiden unter Wassermangel und die jeweiligen Schädlinge treffen bei den geschwächten Bäumen auf wenig Gegenwehr. Es betrifft den bewirtschafteten Wald ebenso wie „Wildniswälder“. Allein in 2018 waren es landesweit geschätzt mehr als 25 Mio. Bäume und die Borkenkäferkalamität wird noch mindestens bis 2021 anhalten, womit sich die sichtbaren Kahlfächen in unserem Land vervielfachen werden. Die inzwischen oft verwendete Bezeichnung „Waldsterben 2.0“ ist für diese dramatische Situation durchaus zutreffend.

Die Waldschäden haben gravierende Auswirkungen auf den Naturhaushalt und unser Klima, denn auf den großen Kahlfächen ohne schützenden Baumbestand führen Starkniederschläge zu Bodenerosion und damit zu stetigem Verlust der Bodenfruchtbarkeit. Der Wald kann seine wichtige Funktion bei der Grundwasserneubildung und beim Hochwasserschutz nicht mehr erfüllen. Die abgestorbenen Bäume und die brachliegenden Flächen setzen zudem verstärkt Treibhausgase frei und verstärken so die Erderwärmung. Langfristig führen die hohen Schadholzmengen zu einer Holzverknappung und damit zu einem höheren Holzimport – auch aus Ländern, die ihren Wald nicht nachhaltig bewirtschaften. Der steigende Totholzanteil in unseren Wäldern erhöht zudem das Unfallrisiko für Waldbesucher und Verkehrsteilnehmer.

Wir alle haben den Klimawandel mitverursacht und werden die Folgen zu tragen haben. Die Waldbesitzenden sind aktuell in besonderem Maße die Leidtragenden: Die Holzpreise sind durch die riesigen Schadholzmengen dramatisch gefallen. Die Erlöse decken vielfach nicht mehr die Kosten für Aufarbeitung des Schadholzes und Räumung der Flächen. Viele Waldbauern haben nicht nur ihre „Sparkasse“ verloren, es fehlt ihnen auch das Geld für eine sachgerechte Wiederaufforstung und Pflege der Kulturen. Hinzu kommen die ungewisse wirtschaftliche Perspektive in der Forstwirtschaft und die vielen Unwägbarkeiten der zukünftigen klimatischen Entwicklung. Hier ist ein gesamtgesellschaftliches Engagement gefordert, denn wir alle benötigen einen naturnahen und bewirtschafteten Wald, damit dieser seine vielfältigen Allgemeinwohlleistungen einschließlich seiner Funktion als CO<sub>2</sub>-Senke erfüllen kann. Die umfangreichen Kahlfächen als „Wildnisgebiete“ der natürlichen Sukzession zu überlassen, ist hierbei kein zielführender Ansatz.

Die Kombination von Sturmschäden und Dürresommer in 2018 sowie der anhaltenden Trockenheit in 2019 hat es in dieser Form noch nicht gegeben und dennoch ist es eine prognostizierte Folge des Klimawandels. Häufigere und stärkere Stürme, Starkniederschläge, Hitzeperioden, extreme Trockenheit und die damit einhergehende Ausbreitung von Schadorganismen werden zu grundlegenden Veränderungen in den Wäldern Nordrhein-Westfalens führen. Diese Veränderungen geschehen in einem Tempo, auf das die natürlichen Anpassungsmechanismen unserer langlebigen Waldökosysteme nicht wirksam reagieren können. Mit dem Austausch einzelner Baumarten ist es dabei nicht getan. Ein gezielter Waldumbau hin zu naturnahen Wäldern mit mehr Mischbaumarten ist zur Risikostreuerung dringend geboten. Solch klimaplastische Wälder bestehen hauptsächlich aus standortgerechten heimischen Baumarten, müssen aber auch bewährte nichtheimische Baumarten wie z.B. Esskastanie, Roteiche, Douglasie, Weiß- oder Küstentanne berücksichtigen. Grundvoraussetzung für die gemeinwohlorientierte Wiederbewaldung und den notwendigen Waldumbau ist eine fachlich fundierte Beratung sowie eine bezahlbare forstliche Betreuung des Kleinprivatwaldes. Dies muss vom Staat gewährleistet werden.

Der Klimawandel kann einer aktuellen Studie der ETH Zürich zufolge durch nichts so effektiv bekämpft werden wie durch Aufforstung. Das vom Weltklimarat vorgegebene Ziel der Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad sei nach dieser Studie erreichbar, wenn dafür bis 2050 nicht nur die klimaschädlichen Treibhausgas-Emissionen begrenzt, sondern zusätzlichen 900 Millionen Hektar Wald neu gepflanzt würden - das entspräche einer Fläche etwa 25 Mal so groß wie Deutschland. Dabei schafft es die Weltgemeinschaft noch nicht einmal die zunehmende Waldvernichtung in den Tropen und in dem größten globalen Waldkomplex, den borealen Nadelwäldern, zu stoppen. Die Studie unterstreicht zwar deutlich die positive Wirkung des Waldes auf das Klima, suggeriert aber fälschlicherweise gleichzeitig, dass bei entsprechenden Maßnahmen der Einzelne im Prinzip sein persönliches Verhalten gar nicht zu ändern braucht. Dabei ist jeder von uns gefordert seine Ernährungsgewohnheiten sowie sein Konsum- und Mobilitätsverhalten selbstkritisch zu hinterfragen und zu ändern.

Der Zustand unserer Wälder - lokal wie global - muss ein zentrales, überparteiliches Anliegen der Politik werden. Punktuelle Fördermaßnahmen oder steuerliche Lenkungsanreize werden dabei der Gesamtproblematik nicht gerecht. Wir brauchen ein fachlich fundiertes, umfassendes und langfristiges Gesamtkonzept, das - frei von wahltaktischen Überlegungen - von allen demokratischen Parteien getragen wird.

Zur Vermittlung der komplexen Zusammenhänge und der Bewusstseinsbildung für den Wert der Wälder bedarf es einer Aufklärungs- und Bildungsoffensive. Hierzu müssen zusätzliche Angebote und Kapazitäten einer Bildung für nachhaltige Entwicklung im Waldkontext aufgebaut und gefördert werden, wobei sich die waldbezogene Umweltbildung an alle Altersgruppen richten muss.